

DIE LINKE.MKK Kreistagsfraktion • Geschäftsstelle • Wilhelmstr. 2 • 63450 Hanau

An den Vorsitzenden des Kreistages des Main Kinzig Kreises  
Herrn Hubert Müller  
Barbarossastraße 16-24  
63571 Gelnhausen

**02. September 2010**

### **30. Kreistagssitzung am 3. September 2010**

#### **Änderungsantrag zur Kreistagsvorlage Nr. 79//2010**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Die Fraktion DIE LINKE. stellt zur Kreistagsvorlage Nr. 79/2010 der Kreistagssitzung vom 03. September 2010, „Sicherstellung der ausreichenden Finanzausstattung des Main-Kinzig-Kreises“, folgenden Änderungsantrag:

Als neuer Punkt 4 wird eingefügt: „Der Kreistags des Main Kinzig Kreises spricht sich gegen den jetzt vorgelegten Gesetzentwurf für eine Schuldenbremse in Hessen aus.“

Punkt 4 wird dann Punkt 5 und Punkt 5 wird Punkt 6.

Als neuer Punkt 7 wird eingefügt: „Der Kreistag des Main-Kinzig-Kreises beauftragt den Kreisausschuss, die kurz- und langfristigen Auswirkungen der Schuldenbremse auf den Main-Kinzig-Kreis zu untersuchen und zu veröffentlichen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Bürgerinnen und Bürger des Main-Kinzig-Kreises ausreichend informiert in der im März 2011 stattfindenden Volksabstimmung entscheiden können.“

## **Begründung:**

In der vorliegenden Fassung des Gesetzes wird aus der Schuldenbremse eher eine Hessenbremse. Der Gesetzesentwurf hat unerwünschte Folgen für die hessischen Kommunen. Die Landesregierung hat mit dem Sonderopfer für die Kommunen bereits jetzt den Weg eingeschlagen, ihre finanziellen Spielräume zu Lasten der Städte, Gemeinden und Kreise zu vergrößern. Dieser Trend darf sich durch die geplante Schuldenbremse nicht noch verstärken. Deshalb muss eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen gesichert werden.

Die Schuldenregel darf nicht zu einer Politik nach Kassenlage führen, das gilt insbesondere für die Sozial- und Bildungspolitik. Die notwendige Debatte über die Einnahmeseite ist bislang völlig ausgeblendet worden. Aber der Staat muss so finanziert sein, dass er seine Aufgaben auch wahrnehmen kann. Die Landesregierung hat zum Beispiel mit ihrer Zustimmung zu Steuererleichterungen (u.a. Steuerermäßigung für Hoteliers) die Einnahmeseite des Staates zertrümmert. Dies muss gestoppt werden.

Insbesondere, wie das Verfahren zur Ermittlung der Konjunkturkomponenten aussehen soll, ist ungeklärt. Konjunkturelle Defizite müssen nämlich mit Hilfe von geeigneten Konjunkturbereinigungsverfahren geschätzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Andreas Müller  
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Dr. Thomas Maurer  
Fraktionsgeschäftsführer